

Beschluss



Die ökologische Krise und die Notwendigkeit einer antikapitalistischen Umweltpolitik

Dieser Umwelantrag soll die Grundlage schaffen, ausgehend vom 23. Parteitag eine eigenständige Umweltpolitik der DKP zu entwickeln und grundsätzliche Positionen sowie auf Perspektive Eingriffsmöglichkeiten für die Partei in diesem Bereich zu bestimmen. In dem Antrag werden die Grundannahmen eines marxistischen Umwelt- und Ökologieverständnisses skizziert.

Die DKP beschäftigt sich schon sehr lange mit Fragen des Kampfes um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Auch 1986 hat die DKP auf Ihrem Hamburger Parteitag dazu Beschlüsse gefasst. Die damals beschlossene These 19 „Die ökologische Krise und die Erfordernisse einer demokratischen Umweltpolitik“ ist noch heute eine inhaltliche Grundlage für unsere Diskussion und Aktion. In dieser Kontinuität bekräftigen wir Teile der These 19 und hängen sie diesem Dokument als Arbeitsmaterial für den Parteivorstand an.

1. Grundverständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur

Der Mensch ist als einziges Wesen im Prinzip in der Lage, die Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft immer exakter und tiefgehender wissenschaftlich zu erfassen und sich demgemäß auch bewusst und rational im Einklang mit diesen Gesetzmäßigkeiten zu verhalten. Insofern ist er nicht nur ein passives Produkt der Natur und der Gesellschaft, in individueller psychischer Ausprägung, sondern auch ihr aktiver Gestalter. Als Teil der Natur steht der sich selbst ernährende und selbst erzeugende Mensch damit in einer Beziehung zu seiner natürlichen Umgebung, die ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet.

Marx und Engels beschrieben die unauflöbliche Beziehung zwischen den organisch-natürlichen Voraussetzungen der Anthropogenese (Menschheitsentwicklung) und dem bewussten Einschnitt im Evolutionsprozess, der den entscheidenden Schritt zur Menschwerdung und zur Gesellschaftlichkeit des Menschen markiert, so: „Zum Leben [...] gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und einiges anderes. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, [...] die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muss, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“ (Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 3 „Die deutsche Ideologie“).

Der Mensch tritt in einen unauflösbaren aktiven und strukturierten Stoffwechselprozess mit der Natur, er erhebt sich im Arbeitsprozess aus dem Tierreich und formt sich selbst zu einer individuellen Persönlichkeit. In dieser Mensch-Natur-Dialektik formt und nutzt der Mensch die Natur nach seinen Bedürfnissen. Dabei nimmt die Arbeit eine zentrale Vermittlerrolle ein. Die Arbeit wird zur grundlegenden Voraussetzung für jede menschliche Entwicklung. Durch die Produktion sichert der Mensch seine physische Existenzgrundlage, indem er die materiellen Bedingungen für sein Leben - Nahrung, Kleidung, Wohnung, etc. - produziert.

Die Produktionsverhältnisse und Produktionsweise bestimmen dabei die Einwirkungen der menschlichen Arbeit auf die Natur. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird das Mensch-Natur-Verhältnis systematisch deformiert. „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (K. Marx: Das Kapital, MEW 23, 530).

Durch die steigende Produktivität, die dem Profitprinzip folgt, hat sich die Arbeit verändert und somit ändert sich auch der Charakter der menschlichen Eingriffe in die Natur. Sie werden zu einer Gefahr für den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur. „In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionsmittel und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche [...] nur Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern nur Destruktionskräfte.“ („Die dt. Ideologie“, MEW Bd.3, 69).

Dies geschieht in dem Maße und Umfang, in dem die Natur - ebenso wie die menschliche Arbeitskraft - nur als Ausbeutungsobjekt durch das Kapital angesehen wird. Für die Zuspitzung dieses Widerspruchs und somit auch für die Auslösung der ökologischen Krise sind vor allem die Monopole der Energiewirtschaft, die Automobilindustrie, die Chemie- und Agrarkonzerne und der Militärisch-Industrielle-Komplex verantwortlich. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist, der grundsätzlich die Interessen der Monopole vertritt, erlaubt und toleriert diese industriell organisierten Umweltbelastungen und -zerstörungen.

2. Die ökologische Krise als Feld des Klassenkampfes

Die kapitalistische Produktionsweise und deren nicht nachhaltige Entwicklung der Produktivkräfte haben dazu geführt, dass in vielen Bereichen der natürlichen Lebensbedingungen die Grenzen der Ressourcennutzung überschritten wurden. Das hat zu einem Überschreiten der planetarischen Grenzen geführt. Die sich dadurch entwickelte ökologische Krise, manifestiert sich in vielen Bereichen, wie zum Beispiel beim Verlust an Bio-Diversität, der Überdüngung von Böden und Meeren durch Landwirtschaft und Industrie, der rasanten Veränderung des Klimas, die zur Ausbreitung von Wüsten führt, und der Verschmutzung der Meere. Ein aktuell offensichtliches Problem der ökologischen Krise ist die steigende Erwärmung der Erdatmosphäre. Stetig steigende Temperaturen werden auf absehbare Zeit so starke Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen bewirken, dass die aktuelle Produktion in bisheriger Weise nicht fortgeführt werden kann.

Die Ursachen für den Anstieg von CO₂ und anderer Treibhausgase in der Atmosphäre und der damit einhergehende Treibhauseffekt liegen im Wesentlichen in der kapitalistischen Produktionsweise. Zu den Ursachen zählen unter anderem die Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger, die Herstellung und Anwendung von Kunstdünger, die Überproduktion an Gülle in der konventionellen Landwirtschaft und die Zerstörung global wichtiger Ökosysteme, einschließlich der Entwaldung großer Teile von Kontinenten. Diese Produktionsweise, die die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist perspektivisch nicht aufrecht zu erhalten.

Auch der rasante Anstieg von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas in der Atmosphäre ist in der kapitalistischen Produktionsweise begründet und kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Der Anstieg des Meeresspiegels bei gleichzeitiger Versauerung und Verschmutzung der Meere, ein exponentielles Artensterben, auftauende Permafrostböden und Wetterextreme sind nur erste Erscheinungen einer bevorstehenden ökologischen Katastrophe. Als Folge der Umweltzerstörung sind starke Migrations- und Fluchtbewegungen ebenso zu erwarten wie der Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien. Verteilungskämpfe, Kriege eingeschlossen, um Trinkwasser, Anbauflächen und anderen Grundversorgungsmittel werden sich weltweit zuspitzen.

Für die Menschheit folgenschwere Eingriffe in die Natur sind allgegenwärtig. Besonders betroffen sind Angehörige der Arbeiterklasse, Kleinbauern und völlig verarmte Bevölkerungsschichten, vor allem in den von den Imperialisten ausgebeuteten Ländern aber auch innerhalb der imperialistischen Zentren. Die ökologische Krise bedeutet Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Zerstörung der Grundlagen für Produktion und Konsumtion, also der Produktionsbedingungen weltweit. Daraus ergibt sich eine Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche. Unter diesem Aspekt ist die soziale Frage von den ökologischen Fragen nicht zu trennen.

Die Natur ist nicht nur Grundlage der menschlichen Existenz, sondern auch Bedingung zur Reproduktion der Arbeitskraft. Deshalb ist die ökologische Krise nur bedingt ein allgemein menschliches Problem, sondern ein Gebiet des Klassenkampfes. Die Kosten dafür sollen sie nicht selbst tragen müssen. Es gilt die von der kapitalistischen Produktionsweise verursachten Folgen aufzuzeigen und damit den ökologischen und den antiimperialistischen Kampf als eine Einheit zu verstehen und zu führen. Das bedeutet aus marxistischer Sicht Klassenkampf.

3. Kommunistischer Umwelt- und Klimapolitik und ihre Politikfelder

Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“, um der beschleunigten Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen und damit der Lebensgrundlage der Menschheit auf diesem Planeten Einhalt zu gebieten. Durch das kapitalistische Profitstreben ist diese Produktionsweise unfähig, die Grundbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und verursacht dabei die ökologischen Zerstörungen selbst. Der Einstieg in die gesamtgesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft ist unabdingbar, dazu müssen die monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sofort eingeschränkt, die Monopole entflochten und vergesellschaftet werden. Das erfordert umfassende gesamtgesellschaftlich und ökologisch orientierte Gegenmaßnahmen in der gesamten Industrie, in der Agrar-, Wasser-, Bau-, Verkehrs- und Transportwirtschaft.

Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben, um die angebliche „grüne“ Modernisierung der Produktion zu finanzieren. Sie sind noch nicht einmal dazu geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen, geschweige denn die ökologische Krise aufzuhalten. Die jetzt eingeführte CO₂-Bepreisung dient eben dieser Umverteilung. Als verbrauchsbezogene Steuer ist sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen. Sie ist eingebettet in ein Steuersystem in Deutschland, das die Kosten des Staates für die Allgemeinheit nicht durch Konzernbesteuerung, sondern durch Verbrauchsteuern finanzieren lässt. Die Forderung nach sinnvollen ökologischen Maßnahmen muss mit der Forderung nach Durchsetzung des Verursacherprinzips und nach einer Reichensteuer verbunden werden. Die Konzerne und Banken, deren Besitzer, Aktionäre, Finanziers und Nutznießer verantwortlich sind für die umweltschädliche Produktivkraftentwicklung, müssen gezwungen werden zu zahlen.

Neue Massen- und Verbrauchssteuern wie eine CO₂-Steuer sowie jede Art der CO₂-Bepreisung für die Endverbraucher oder Konsumenten verdrehen das Verursacherprinzip. Die Geschädigten sollen die Kosten zahlen und nicht diejenigen, die die Produkte und Technologien herstellen und zum Einsatz bringen lassen. In Zukunft muss es darum gehen, dass in einem demokratischen Prozess entschieden wird, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die Lebensgrundlagen zu erhalten. Diese Entscheidungen dürfen nicht länger in den Händen des Monopolkapitals liegen.

Nur eine Klima- und Umweltpolitik in Verknüpfung mit einer umfassenden Konzeption der Systemüberwindung und des Bruchs mit der Profitlogik kann eine Zukunftsperspektive für die vom Kapitalismus ausgebeuteten Klassen und Völker darstellen. Die ökologische Krise ist nicht allein im nationalen Maßstab zu lösen. Sie muss zum gemeinsamen Kampffeld der internationalen Arbeiterbewegung werden.

Der Parteivorstand wird beauftragt einen Aktions- und Forderungskatalog für wichtige Themenkomplexe im Bereich der Umweltpolitik zu erarbeiten. Dabei gilt es heraus zu arbeiten, an welchen Stellschrauben die kapitalistische Produktionsweise sich bereits in ihren eigenen Grenzen verfängt, eine ökologische Krise bereits bevorsteht, wie der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Schichten zu den Themenpunkten zu analysieren ist sowie Reformforderungen zu den einzelnen Feldern. Es stehen unter anderem folgende Themen im Fokus:

- Krieg und Militär
- Mobilität und Verkehr
- Energie- und Wärmeversorgung
- Nahrungsmittelproduktion
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsweise
- Gesundheitliche Folgen der ökologischen Krise

Dabei sind folgende Forderungen Bestandteil:

- Vergesellschaftung aller Energiekonzerne
- Die DKP lehnt jede Form der CO₂ Steuer als Massensteuer ab
- Die DKP tritt für ein kostenloses öffentliches Personennahverkehr ein
- Für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen

Außerdem werden die Gruppen je nach Schwerpunkt und Möglichkeiten dazu aufgefordert, sich in die je nach Ort unterschiedlich oft stattfindenden Klimastreiks „Fridays for future“ mit unserer Analyse und unseren Positionen zur Klimafrage einzubringen. Unsere Aufgabe muss es ebenfalls sein, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Umweltbewegungen zusammenzuführen, so dass wir es schaffen, dass die inhaltlichen Diskussionen zur Ökologie auch in Verknüpfung mit der Frage der Produktion in den Gewerkschaften stattfinden und diese die Proteste unterstützen.